

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Angemeldete beträgt für die einzelpartige Colonne 30 Pf. oder breiter 30 Pf. Ausdrückliche Unterlage 40 Pf. Doppelzettel unter Tafel 1 Wk. Post für Arbeitnehmer 15 Pf. Bereits in Versammlung 15 Pf. Anzeigen Familien-Nachrichten 20 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 12 Uhr in der Expedition abgegeben werden.
---

Nr. 125.

Breslau, Dienstag, den 30. Mai 1916.

27. Jahrgang.

# Die drei Glaubensartikel.

## Friedensdebatte in Paris.

Die amerikanischen Versuche zur Friedensvermittlung, die Reden und Unterredungen deutscher und englischer Staatsmänner zur Erörterung des Friedensproblems haben nun in der französischen Kammer ihr Echo gefunden, und dem Geschichtsschreiber bleibt nichts anderes übrig, als zu berichten, daß dieses Echo ebenso laut wie unfreundlich war.

Das ist nun freilich keine Überraschung. In Frankreich steht die Regierung ungefähr auf demselben Standpunkt, auf dem bei uns die Heidebrand und Bäsermann stehen; sie will jetzt nichts vom Frieden hören, sie will nicht den Frieden durch Unterhandlungen, sondern den Frieden durch Sieg. In allen kriegsführenden Ländern besteht aber die Freiheit der öffentlichen Meinung im wesentlichen nur noch darin, daß sagen zu dürfen, was die Regierung für richtig hält, die Vertretung entgegengesetzter Auffassungen steht überall auf die größten Schwierigkeiten. Das hat der Sozialist Blanx erfahren müssen; ehe Verhandlung zur Besprechung der Teuerung ist ihm wegen Friedensverdachts verboten worden, und die Kammer hat dieses Verbot durch Ausstellung eines Vertrauensvotums an den Minister Malvy mit 376 gegen 106 Stimmen bestätigt. Dieselbe Erfahrung hat dann in der gleichen Sitzung der Sozialist Raffin-Dugens machen müssen: sein Versuch, die Friedensfrage in der Kammer selbst auf dem Wege der Interpellation zur Sprache zu bringen und an den Kriegsreden der Regierungshäupter Artillerie zu üben, wurde glatt abgeschlagen, und die Besprechung der Interpellation selbst nach dem Versuch des Ministerpräsidenten Briand auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die kurze und stürmische Debatte, die der Berufung voranging, wirft helle Lichter auf die ganze Situation. Aus dem Wenigen, was Raffin-Dugens sagen durfte, geht hervor, daß es seine Absicht war, auf den Unterschied zwischen den englischen und den französischen Regierungsaufsetzungen hinzuweisen. Dieser Unterschied ist auch in Deutschland bemerkt worden, deutlicher vielleicht als in Frankreich, wo die Rede Poincarés in Nancy das Greysche Interview mit beachtigtem Lärm überlieferte. Durch die lekte Unterhansrede Greys ist zwar eine ziemlich weitgehende Ausgleichung an die französische Auffassung eingetreten, aber die Unterschiedenheit der Ablösung bleibt trotzdem erkennbar, und sie bedeutet für die französische Regierung einen sehr empfindlichen Punkt. Im französischen Volle darf nicht die Vorstellung aufkommen, daß eine der Entente-Regierungen weniger kriegsentschlossen sei, als die französische Regierung, dort soll der fromme Glaube erhalten bleiben, daß nur die deutsche Regierung nach dem Frieden ruht und daß sie es nur deshalb tut, weil sie von der Fortsetzung des Krieges ihre sichere Niederlage erwartet. Datum hat Raffin-Dugens seine Friedensinterpellation nicht begründen dürfen.

Und noch in einem andern Punkte ist das Wenige, was Raffin-Dugens sagen konnte und die Art, wie ihm begegnet wurde, überaus kennzeichnend. Seine Bemerkung, daß bei Kriegsbeginn zwei Kämpfergruppen aufeinanderstürzen, hat genug, einen gewaltigen Zorn zu entfachen und einen Protest des Präsidenten hervorzuufen, der vom lauten Beifall der Kammermehrheit getragen wurde. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob ein Bericht richtig ist, wonach der Präsident Deschanel den Gedanken, daß die Provokation zum Kriege nicht von Deutschland allein ausgegangen sei, als „gotteslästerlich“ gebrandmarkt haben soll. Diese Bemerkung atmet doch zu sehr den Geist der Kreuzzüge und der Religionenkriege, als daß man annehmen könnte, sie sei von hervorragender Stelle in einem Staate gefallen, der auf eine Kirchenfreiheit stolz ist. Nichtsdestoweniger bleibt es wahr, daß die bloße Andeutung des Gedankens, der Krieg könne noch andere Ursachen haben als die deutsche Niedertat, die Kammermehrheit wie von einer Tarantel gestochen aufspringen ließ. Das deutsche Volk kam hier wie in einem Spiegelbild erblicken, in welchen Geisteszustand ein sonst geistreiches und kritisch veranlagtes Volk durch Kriegspsychose und Belagerungszustand verkehrt werden kann.

Man mag den Vergleich mit den Religionenkriegen noch soweit abweisen, tatsächlich steht doch die ganze Welt während des Krieges unter der Herrschaft von Glaubensartikeln, die diesmal nur statt der theologischen

eine politische Formulierung gefunden haben. Diese Glaubensartikel lauten ungefähr:

1. Wir sind an dem Ausbruch des Krieges ganz unschuldig, die andern tragen alle Schuld.
2. Uns geht es im Kriege gut, den andern geht es schlecht.
3. Wir werden zum Schluss siegen, die andern werden vollständig geschlagen werden.

Solange auch nur ein einziges der großen kriegsführenden Völker an diesen Glaubensartikeln festhält, besteht keine Aussicht, dem Weltkrieg ein Ende zu bereiten. Die letzten Vorgänge in der französischen Kammer zeigen uns aber in dramatischer Schärfe, mit welcher fanatischen Zähigkeit, mit welcher religiösen Inbrunst sich die französische Volksvertretung an diese Formeln noch klammert. Uns bleibt angelebt dieser Tatsache nur die Hoffnung, daß man das, was sich bei uns langsam entwickelt und durchsetzt, drüber in plötzlichem Umschwung zutage treten pflegt. Und so hoffen wir auf diesen Umschwung in Frankreich — nicht ohne Mitleid für die tiefen Erschütterungen, die er dann in der französischen Volksseele auslösen mag.

Wir wollen nicht wie die Pharisäer tun und Gott danken, daß wir sind nicht wie jene. Wir wollen fremde Fehler nicht betrachten, um uns mit der eigenen Tugend zu brüsten, sondern um aus ihnen zu lernen. Der Untergang ist für jedes Volk ein Schaden, und es könnte für uns verhängnisvoll sein, wenn wir uns in dieselben Denkschäler verstecken, wie das französische Volk. Die Versuche, nüchtern die Kriegslage zu beurteilen und methodisch für die Wiederherstellung des Friedens zu arbeiten, sind bei uns weiter gediehen als in Frankreich. Die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie steht ungestört auf dem Standpunkte der französischen Mindestheit, die ja auch die Kriegsfeinde bewilligt hat und dafür in Zimmerwald getadelt wurde. Wenn sich erst die ganze französische Sozialdemokratie — ohne Preisgabe der Landesverteidigung, die kein deutscher Sozialdemokrat von ihr verlangt — zu dem Standpunkt der Friedensbereitschaft durchgerungen haben wird, auf dem die deutsche Sozialdemokratie seit Kriegsbeginn steht, dann werden wir einen Schritt weiter sein, und dem Wohle ganz Europas, nicht zuletzt Frankreichs, wird damit gedient sein.

## Vorschläge über den ersten Schritt zum Frieden.

Berlin, 30. Mai. (Vgl. S. 3.) In Paris hält man angeblich Wilson nicht für den geeigneten Friedensvertreter, während von englischer Seite betont wird, man würde viel eher zum Ziel kommen, wenn jeder der kriegsführenden Staaten ein Mitglied seiner Regierung zu einer Konferenz in ein neutrales Land schicke, wo die gegenseitigen Forderungen in seile Formen gelebt und dann den beteiligten Staaten übermittel werden könnten. Diese Vorschläge neigen auch die sozialdemokratischen Parteien der Alliierten zu.

Von einer Befreiung des Papstes wollen insbesondere aus grundsätzlichen Gründen Frankreich und Italien nichts wissen. Nach Ansicht der englischen Friedensfreunde sind König Alfons von Spanien und die Königin von Holland die einzigen Persönlichkeiten, die von sich aus Vertreter der kriegsführenden Staaten einladen könnten, wobei der König von Spanien oder die Königin von Holland selbst oder deren Ministerpräsidenten nur den Zweck der Zusammenkunft zu erklären und für die erste Sitzung den Vorsitz zu führen hätten. Ein englischer Lord hat die Meinung geäußert, keiner der kriegsführenden Staaten würde eine solche Zusammenkunft ablehnen; es gelte zunächst die Kriegsverbindnisse zu lösen, was nur durch die Beteiligten selbst geschehen könne. Die Reden Greys und des Reichskanzlers hätten diese Auffassung bestätigt.

## Neue Hilferufe nach Rußland und England.

Eugane, 29. Mai. Die italienischen Tagesblätter besprechen die von dem französischen Abgeordneten Carden im Tempel versuchte Ansicht, wonach die allgemeine Offensive der Entente-Mächte und insbesondere die Offensive der Engländer und Russen so lange als gefährlich betrachtet werden müsste, als nicht alle beteiligten Heere mit auf-

reichender Munition ausgerüstet sind. „Tribuna“ gibt zu, daß Vorbereitung theoretisch Recht habe, das bedeute aber nicht, daß England und Rußland gar nichts tun sollen, um Frankreich und Italien zu Hilfe zu kommen. Wenn zehn oder zwölf englische Divisionen, die anstatt auf weit entfernten Kriegsschauplätzen zerstreut zu sein, in Kasernen auf der Heimatinsel festgehalten werden, nach Frankreich gelandet würden, und wenn eine größere Tätigkeit der Russen an der Front von Galizien eintrate, von wo seit einigen Monaten kein Echo von Ereignissen mehr herüberschallt, würde das von zweifelloser Wirkung sein. Italien und Frankreich, deren energisches Vorgehen im vorigen Sommer das russische Heer gerettet und bewahrt hat, daß England Zeit gewann, um seine Kräfte zu sammeln und zu organisieren, haben ein Recht auf eine Hilfe.

## Ein Bündnis für immer?

England sichert den Weltfrieden.

Berlin, 30. Mai. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge erklärte Saranow, die völlige Vereinbarung, die zwischen Rußland und England hergestellt sei, bedeute, daß das während des Krieges gebildete Bündnis gegen den gemeinschaftlichen Feind ein Bündnis für immer geworden sei. Durch die wahre Freundschaft zwischen den beiden Großmächten sei der Weltfrieden für die nächsten 50 Jahre gesichert. Damit sei die Sache der Mittelmächte verloren, mit welcher Entschlossenheit und welchen Opfern es ihnen auch noch gelingen möge, den Augenblick hinauszuschieben, in dem sie das Fehlschlagen ihrer Pläne anerkennen müßten. Norwegen, Schweden und andere Nachbarländer hätten von Rußland nichts zu befürchten. Die Polen könnten ihm aber jetzt nicht zunutzen, ein vollständiges Programm aufzustellen. Sie würden jedoch nach dem Kriege eine gerechte Autonomie erhalten, die ihre Zukunft und ihre wirtschaftliche Entwicklung sicherstellen.

## In Erwartung einer Offensive?

Paris, 29. Mai. Die heutige „Havas“-Note erneuert die ministerielle Versicherung, daß der französische Oberbefehl gegen einen mit Sicherheit zu erwartenden gegnerischen Vorstoß an beiden Massauern Vorkehrungen treffe. Die Pariser Fachkritik erwartet gleichfalls eine lebhafte Bewegung zwischen Novocourt und Douamont. Neben anderen gestern wahrgenommenen ernsteren Anzeichen eines bedeutsamen Vorhabens erhebe die erheblich gestiegerte Wirksamkeit der deutschen Artillerie in der Befestigung bei Thionmont unausgesetzte Aufmerksamkeit des Generals Nivelle. Jegendwelche Deimmungen der linken Flanken oder rechtsrückigen deutschen Operationen durch die wiederholten kleinen Angriffe der letzten drei Tage kann die Pariser Fachkritik nicht feststellen.

## Japan preßt!

Stockholm, 29. Mai. (Tägl. Rundschau.) Ein Peterburger Gewässermann übermittelt folgende bedeutsame Nachricht: Die japanische Regierung hatte sich im Frühjahr geweigert, die Beförderung am merikanischer Munition durch Japan nach Rußland zu gestatten, falls nicht Rußland in folgende Forderungen einwillige: Unterstützung der japanischen Politik und der japanischen Interessen in China, Ansiedlungsrecht für die Japaner in gewissen nördlichen und östlichen Gebieten Siberiens, Fischereirecht in den russischen Gewässern, Austritt der Hölle Sachalins, die noch in russischen Händen war, und Schleifen der Festung von Wladivostok. Über die letzte Bedingung schwelen noch Verhandlungen. Die anderen wurden von Rußland angenommen. Die Bugestdämme haben eine starke Erregung der linken Parteien hervorgerufen, die eine Interpellation in der Duma planen.

## Kampfsbeginn oder Bluff.

Paris, 29. Mai. Eine Mitteilung der „Agence Havas“ aus Saloniki bestätigt der „B. Z. a. W.“ zufolge die amtliche bulgarische Meldung, daß bulgarische Abteilungen aus ihren Stellungen am Stenimihatale vorgedrungen sind und den Südabgang des Engpasses von Rupel sowie die anstoßenden Höhen östlich und westlich des Stenuma-Flusses besetzt haben. An der ganzen Front finden lebhafte Gefechtkämpfe und Schieße statt.

Bei dem Engpass von Rupel durchbricht die Steine das Gebirge und füllt in eine 10 bis 15 km breite Ebene. Dabei wendet sie sich gleichzeitig unter Wenderung ihrer bisherigen Nordabdriftung nach Osten; 10 km südöstlich von Rupel liegt der Emir Pissar, weitere 20 km Serak.

Berlin, 29. Mai. Über die Operationen der Bulgaren an der griechischen Grenze wird, laut „Sol. Anz.“, aus Saloniki der weiteren gemeldet: 25.000 Bulgaren haben die Griechen überstimmt und den Rupel-Pass in Besitz genommen.



# Die Ernährung des Volkes.

Am Sonnabend trat die Kommission in die Beratung der Versorgung mit Butter und Fette.

Abg. Wurm (Soz. Arb.) hält schärfste Kritik an der Butterzentrale, die nicht rechtzeitig für Lieferung gesorgt hat. Berlin bekam statt 125 Gramm pro Kopf nur 78 Gramm, mit der Vergrößerung, daß 170 Gr. Butter im Postverband pro Woche nach Berlin kommen. Diese Angabe ist unrichtig. Das für die Kinder keine Butter gegeben wird, geschieht auf Anordnung der Regierung. Gegen den Schwindel mit Fleischmitteln muß weit schärfster vorgegangen werden. Streichungsmitte für Butter müssten einfach verboten werden. Wie steht es mit der Versorgung für die kommende Zeit?

Abg. Hoff (F. Ap.) bezweifelt die Zweckmäßigkeit eines Verbots des Butterverbands. Aber anrechnen sollte man diese Verzüge. Zur Hebung der Milchproduktion sei es vielleicht möglich, den Interessenten Buttermittel zu billigeren Preisen zu liefern. Die Margarinevorräte sind derart gerinnt, daß eine Nationierung nicht möglich ist, aber vielleicht ließen sich die Vorräte auf die Gemeinden verteilen.

Abg. v. Reding (Welsch) kämpft den Vorschlag, die Molkereiprodukte zu beschlagnahmen, wenn man nicht den Molkereien das Recht entzieht, auch ihrerseits die Milch in bestimmten Gebieten zu enteignen.

Abg. Held (Stall.) fordert eine strenge Kontrolle des Butterverbands.

Abg. Simon (Soz.) hält die Bestimmungen des Bundesrats über die Ableserungsplastik der Molkereien für nicht ausreichend, weil die kleineren Molkereien nicht erfaßt werden. Es müßte alle Butter der Zentrale überwiesen werden, die auch den Heeresbedarf erledigen müßte, damit der Zustand aufhört, aufzutreten. In Bayern hat man mit der Anstellung von Aufsichtsräten sehr gute Erfahrungen gemacht.

Unterstaatssekretär v. Stein teilt mit, daß das Heer schon seit seinen Bedarf nicht mehr durch eigenen Ankauf deckt. Die Ableserungsplastik der Molkereien weiter ausdehnen, ist nicht ohne Bedenken, das müßte zu tief in den Betrieb eingreifen. Die kleineren Molkereien haben bestimmte Absatzgebiete; nimmt man ihnen die Butter weg, dann muß man sie wieder dorthin liefern. Es ist bereits eine Zentralstelle in Vorbereitung, um die ganzen Vorräte an Seiten verwalteten zu können und zwar wird eine Nationierung über das ganze Reich angestrebt. In den Großstädten fehlt es momentan nicht an Butter. Die Versuche, dem

## Schwindel mit ausländischem Röde

entgegentreten, haben noch keinen Erfolg gehabt. Hier kann nur die Kontrolle durch die Gemeinden helfen. Der Zentralisierung des Handels mit Röde stehen gerade die Großstädte und große Werke, die bisher Röde aus dem Ausland bezogen haben, diese Vorräte der Gesamtheit entzogen werden, womit

Präsident Raug gibt Auskunft über

Diele und Fette.

Im ersten Quartal 1916 war die Einfuhr sehr gering. Die Anbauten füllt pflanzliche Fette ist aber bereits erheblich vergrößert worden. Der Anbau von Sonnenblumen ist stark gefördert worden. Im Vorjahr sind auch 70000 Kilo am Baum getrocknet verarbeitet worden. Mit den tierischen Fetten muß sehr sorgsamen werden. Die Einfuhr betrifft hauptsächlich Tran, der aber nur mit starkem Zusatz bearbeitet werden kann. Der Verbrauch zu technischen Zwecken ist von 45 000 auf 60 000 kg pro gekommen. Das Hauptaugenmerk wird auf die Produktion von Margarine gelegt. Die Butterstreichungsmitte werden demnächst vorbereitet.

Abg. Mayringer (Btr.) will, daß in den Gasträumen der Milchverkauf verboten wird. Bei der Zentralisation der Rödeproduktion sollte man die großen Röde erst ausreisen lassen, ehe man sie dem Konsum zuführt. Bei Abnahme von Delikatessen sollte der Kriegsausschuss etwas toleranter verfahren.

Abg. Seubert (Fortschr.) sagt darüber, daß der Butterverkauf der Zentral-Großraumgesellschaft im Auslande viel zu wünschenswert ist; England und Frankreich kaufen billiger ein. Der Einlauf von Tran ist mit sehr großen Unkosten verbunden, weil die Einfuhr stets mit der englischen Konkurrenz zu kämpfen haben.

Abg. Krebs (sonst.) bezeichnet die Verteilungorganisation in den Großstädten als einen Skandal.

Der beste Beweis dafür sind die Ansammlungen vor den Bäden. Hier müßte die Militärverwaltung in die Verteilung eingreifen. Werden die Vorräte gerecht rationiert, dann bekommt jeder seinen Teil. Die Abgabe von Butter in den Gasträumen muß sofort verboten werden.

Abg. Erbacher (Zent.) schließt sich dieser Kritik an. Man soll eine Kunde nicht anstrengen und auf diese Weise vertreten. Wenn Berlin das Entsekt nicht versteht, dann muß die Militärverwaltung eingreifen. Es ist ein unerhörter Skandal, die Massen zu quälen.

## Kundgebung vor den Bäden zu verhindern.

In Charlottenburg sind Bäder gestellt worden; die Bäder waren dieser Zusage nicht gewachsen. In den Berliner Gastwirtschaften wird noch zu viel Butter abgegeben. Die "Eisbach"-Butter hätte längst verboten werden müssen. Die Bäder sollten dieses Schauspiel, wie auch von Eis- und Senn-Butter bereichern sich in der schwierigen Weise. Die B.-E.-G. ist ihr Aufgabe nur sehr wenig gewachsen. Sie lehnt Differenzen rückwärts ab, wenn es einem Kaufmann gelingt, sich Vorrat zu sichern. Man hat bei der B.-E.-G.

## Kreis und Fleisch angestellt.

Leistungsfähige Firmen aber ausgeschlossen. Hier darf eine Umwandlung nicht mehr länger hinausgeschoben werden. An die Spitze gehören rückwärtige erfahrene Kaufleute.

Unterstaatssekretär v. Stein beweist, daß man Anstrengungen gegen entgegennehmen. Die Angriffe des Abg. Erbacher müßte er ausschließen; sein Material kommt er nur von der ausgeschalteten Konkurrenz. Sie an der Spitze stehenden Personen werden von Interessenten in der unerhörten Weise angegriffen. Die Geschäftsführung der B.-E.-G. habe das Recht der Offenbarkeit nicht zu schenken.

Abg. Schröder (Stall.): An der mangelhaften Versorgung der Bevölkerung mit Butter trifft die Regierung keine Schuld. Was in Süddeutschland längst getestet ist, daß dort in Berlin noch immer einer vernünftigen Regelung. Man darf den Süddeutschen nicht zumuten, sich nur deshalb immer mehr einzuhaken, damit im Norden alles unregelmäßig bleiben kann. Die gegen die B.-E.-G. erhobenen Vorwürfe sind zu einem erheblichen Teil

begründet. Schröder geht auf die Angriffe des Abg. Erbacher näher ein. Die B.-E.-G. hat herausgesetzt, was überhaupt zu erlangen war. Ein Teil der Vorwürfe wird zu Unrecht an die Befreiung der B.-E.-G. gerichtet; ein anderer Teil der Fälle ist auch längst aufgeklärt. Auch die Behauptung der B.-E.-G. ist nicht begründet. Es ist aber aus ganz bestimmten Gründen nicht möglich, alle Vorräte in der Bevölkerung aufzuhalten. Für die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung darf man aber nicht die B.-E.-G. verantwortlich machen.

Abg. Wiesfeld (B. d. S.) hält die Kritik auf rechtlichem

nicht von dem Vorwurf einer gewissen Einseitigkeit freigesprochen werden kann. Mindestens müßte man die Interessen, deren Angebote nicht berücksichtigt werden, über den Ausgleich auslären. Klagen über die Verteilung werden nie ausbleiben. Man hat versucht, im Herbst genügend Flächen mit Delikatessen zu bestellen. Raps könnte weit mehr angebaut werden. Den Molkereien eine höhere Ableserungsplastik aufzuerlegen, wäre nicht vorteilhaft; man müßt es den Molkereien überlassen, wie sie ihre Produkte verwenden wollen.

Abg. Wurm tritt entschieden für den Grundgedanken ein, der für die Tätigkeit der B.-E.-G. maßgebend sein soll, nämlich für die Zentralisation. Aber verlangt muß werden, daß die Zeitung der B.-E.-G. auf die Schwierigkeiten der Befreiung, namentlich auf die der Gemeindevertretungen, sachlich eingehen und die Gründe ihres Verhaltens darlegt. Auf diese Weise können viele Misschönigkeiten vermieden werden. — Der Redner weist eingehend nach, daß die Schwierigkeiten bei der Verteilung der Butter in Berlin in keiner Weise durch die städtische Verwaltung verschuldet worden sind. — Eine genaue Kontrolle ist notwendig, damit nicht Inlandsfette als Auslandsfette verkauft wird; für beide Arten muß derselbe Preis festgesetzt werden.

Unterstaatssekretär Freiherr v. Stein versprach, daß alle Beschwerden und Vorschläge gründlich geprüft werden sollen. Die Kontrollen aber müßten stets mit Hilfe der Gemeindeverwaltungen durchgeführt werden. Wenn der Milchpreis erhöht werden wird, geschieht dies nur, weil sonst die Milchproduzenten nicht auf ihre Rechnung kommen können.

Abg. Dr. David wendet sich entschieden gegen das Verhalten des Oberkommandos in Sachen der Butterverteilung in Berlin. Über auch die städtische Verwaltung habe es in Berlin an der notwendigen Verteilungsorganisation fehlen lassen. Die Kundenlisten und die Verteilung der Ausgabe der Butter nach einem verständigen Plan hätten schon längst durchgeführt werden müssen. Auch bei der Fleischverteilung und bei der Ausgabe der Butterkarten sind schwere Fehler vorgekommen.

Die Verteilungsorganisation muß auf den Röde ausgedehnt werden. Die Regelung des Postbelegs von Butter usw. muß vor und werden mit einer allgemeinen Organisation der Butter-Auslieferung auf dem Lande.

Dann folgt eine Aussprache über die Futtermittel.

Präsident Dr. Raug schildert eingehend die Maßnahmen der Reichsleitung auf diesem Gebiete.

Abg. Held erkennt an, daß Grobes geleistet sei und bedeutende Erfolge bereits erzielt oder noch zu erwarten seien. Notwendig sei, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung über die neuen Futtermittel aufgeklärt werde.

Abg. v. Reding fordert, daß den Futtermitteln eine genaue Angabe ihres Gehaltes beigegeben wird.

Abg. Wurm, Dr. Böhme, Dr. Mahrlinger, Hoff, Kreis gehen auf verschiedene Einzelheiten ein.

Am Montag wird über die Organisation der Lebensmittelversorgung abgezogen.

Am Montag tritt die Budgetkommission des Reichstags in die Beratung der neuen Organisation

der Vollversorgung ein.

Die Entscheidung in Ernährungsfragen bleibt, wie der Referent Graf Welsch mitteilt, in der Hand des Reichskanzlers, dem aber neuerdings eine Reihe weiterer Befugnisse durch den Bundesrat übertragen worden sind. So kann er in dringenden Fällen Verordnungen erlassen; er muß sie aber nachträglich dem Bundesrat vorlegen. Nun ist, daß der Reichskanzler den bundesstaatlichen Behörden direkt Anweisungen erteilen kann. Ob diese neue Regelung tatsächlich haltbar ist, kann nach Ansicht des Referenten zweifelhaft sein; aber es wird von letzter Seite Wert darauf gelegt werden, diese Fragen jetzt auszurollen. Die Befugnisse von Heer und Flotte müssen in erster Linie berücksichtigt werden. Graf Welsch bemängelt dann, daß die Landwirtschaft in dem Vorland des neuen Amtes nicht vertreten ist. Vornehmste Aufgabe des Präsidenten muß es sein, einen einheitlichen Wirtschaftsplan für die komende Ernte aufzustellen. Weiter muß das neue Amt unter Benutzung der Presse Aufklärung verbreiten. Die Konservativen sind nicht für eine starke Zentralisation; sie erwarten mehr davon, wenn den einzelnen Bezirken ein bestimmtes Maß von Freiheit gelassen wird.

Abg. Hoff (Soz.) stellt die Frage, ob der Reichstag die Aufhebung der vom Reichskanzler erlassenen Verordnungen beschließen kann. Wie steht es mit der regelmäßigen Einberufung des Beitrags und wie gestaltet sich das Vergleichnis der Preisprüfungsstellen zum neuen Kriegsernährungsamt? Dringend erforderlich ist eine genaue Statistik über die Ernte. Über die Tätigkeit des Beitrags müssen ausführliche Berichte der Deutschen übergeben werden.

Staatssekretär Helfferich hält einen anderen Weg, als er jetzt eingehalten werden soll, für ganz ungängbar. Durch die neuen Bestimmungen kann der Reichskanzler rasch handeln; er muß nicht erst auf die Beschlüsse der Justizien warten. Außerdem ist nun mehr die Einheitlichkeit der Durchführung der Verordnungen gewährleistet. Die ganze Kriegswirtschaft wird jetzt zentralisiert. Das Eingreifen der Kommandierenden Generale wird häufig in ein einheitliches System gebracht; die Generale haben sich den Anordnungen des Kriegsministeriums zu fügen.

Unterstaatssekretär v. Stein ergänzt diese Ausführungen dahin, daß, sobald das neue Amt funktioniert, die Befugnisse genau begrenzt werden sollen. Der neue Beitrat wird neben Vertretern der amtlichen Stellen auch Sachverständige aus allen Gebieten umfassen. Die vom Abg. Hoff geforderte Statistik werde gegeben werden; die Vorräte müssen auch erfaßt werden.

Präsident v. Rathen: Ich habe zunächst mit den Dingen so zu rechnen, wie ich sie vorfinde. Nieder-Beiträge aus dem Ausland kann ich erst verfügen, wenn sie da sind. Auf die militärischen Behörden kann ich einen zwingenden Einfluß nicht ausüben. Weitgehender sind die Befugnisse gegenüber den Eingreifstaaten, auf deren Unterstützung man in der Haupthand angewiesen ist. Durchfahrt müssen vorhandene Rücksichten berücksichtigt werden.

Die Angst Picard sind bereits fertig. Die Sorge macht momentan die Gettoverwaltung. Es ist zu hoffen, daß die Flüchtlinge der großen Städte befreit werden. Die Herstellung der Feldküche ist sehr notwendig; sie bildet die Basis für die Möglichkeit der Verteilung. Ein neues Bild kann man trotzdem nicht gewinnen. Wirtschaftlich warten wir für einen Krieg nicht gendaleid vorbereitet. Die Gettoverwaltung werden nie ein wichtiges Bild der tatsächlichen Gettoverwaltung geben können. Nicht minder schwer ist das Geschäft der Vorräte angegliedert der Tatsache, daß unter den meisten landwirtschaftlichen Betrieben kleinere Betriebe sind. Die Bevölkerung soll durch Mitteilung der Tatsachen aufgeklärt werden; übertriebene Rücksicht auf den Einstand im Auslande ist nicht angebracht.

Abg. Oberst (Soz.): Die Notwendigkeit der neuen Organisation ist leider von der Regierung zu spät erkannt worden. Hatte man im Herbst 1914 schon zusammengestellt, dann ginge es uns heute besser. Es ist ein abhängiges System der Zuständigkeiten eingetragen. Der Kuchen hat sich immer mehr aufgetrennt, man ist wenig oder gar nichts dagegen getan. In einem Lande, das mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, müßte der freie Markt längst aufgehoben werden. Die Zuständigkeiten des Präsidenten v. Rathen haben eigentlich wenig positives enthalten. Die Zuständigkeiten für die Staatsverwaltung hätten auch die Verteilung bei anderen Staaten mit eingeschlossen werden müssen. Bei den letzten Verhandlungen nahmen die Behörden nicht die Verantwortung, wenn auch die B.-E.-G.

mehr die Höhe dessen festgestellt werden, was als zum eigenen Bedarf erforderlich behalten werden darf. Der Handel darf nur noch hilfsorgan der neuen Organisation sein. Die Verteilung muß Sache der Kommunalverbände sein, denen die Verteilung gesetzlich vorgeschrieben werden muß. Der Handel der Massenspeisung muß in die Tat umgesetzt werden. Insbesondere für die erwerbstätigen Frauen bedient das eine große Erleichterung, nicht minder auch für die alleinstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Massenspeisung ist allerdings zunächst eine Frage der Organisation. Es ist dringend zu wünschen, daß den Gemeinden zu diesem Zwecke reiche Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Bedarf der Heeresverwaltung an Lebensmitteln ist riesig; die Art aber, wie dieser Bedarf gedeckt wurde, hat direkten auf Preistreiberei und Schädigung der Zivilbevölkerung geführt. Die kontrollierenden Generale dürfen in die Vollversorgung nicht durch Ausführungsverbote eingreifen. Die leicht gehaltene Schlagbahn politisch muß verschwinden; für partikularistische Bestrebungen ist jetzt kein Raum. Die Schwierigkeiten, mit denen das neue Amt zu kämpfen hat, sollen nicht verkannt werden; es muß aber davon festgehalten werden, daß das neue Reichsamt der Kritik des Reichstags untersteht und daß die getroffenen Verordnungen der Kontrolle durch den Reichstag nicht entzogen werden. Die Verordnungen, mehr Vertreter der Landwirtschaft in den Vorstand zu bringen, sind in keiner Weise berechtigt; viel wichtiger wäre es gewesen, wenn in den Vorstand auch eine Frau berufen worden wäre, wie es auch notwendig ist, den Frauen im neuen Kabinett eine Vertretung zu schenken. Neben dem großen Vertrag soll aber auch der Ernährungsberatung des Reichstags in Funktion bleiben.

Präsident v. Rathen stimmt den Ausführungen Ebert zu; er hält es auch für notwendig, daß Frauen in den Kabinett berufen werden. Den Vorstand zu verstärken, ist bedenklich. Man solle es zunächst bei der jeweiligen Organisation belassen. Den Vorschlägen Eberts betrifft die Massenspeisung stimmt er ebenfalls zu. Auch halte er es für notwendig, daß die Gemeinden eine Nationierung durchführen. Die Verstandsnahme an Fleisch soll eine Ausdehnung erfahren. Eine allgemeine Sammlung nach dem Vuster des Krotes ist ganz unmöglich.

## Kriegsgewinnsteuer in Russland.

Petersburg, 29. Mai. Folgende gesetzliche Bestimmung wird veröffentlicht:

für 1916 und 1917 wird eine zeitweilige Steuer von dem durch den Krieg erworbenen Einkommen erhoben werden, daß auf ein Mehrinkommen von 3 bis 15 v. H. dieses Mehrinkommens und von einem Mehrinkommen von 15 bis 20 v. H. dieses Mehrinkommens und darüber hinaus eine Abgabe von 30 bis 40 v. H. des Mehrinkommens zu entrichten ist.

## kleine Kriegsnachrichten.

Der Zar sagt sich die Freiheit zu machen. „Richtig“ will von entsprechender Stelle erfahren haben, daß der Zar die Niederschlagung der meisten Provinzbehörden vorgenommen verfügt hat. Französischer Kaiser ist die Armee Russen in Marseille. Wie „Bischofswahl“ meldet, ist eine große Anzahl französischer Offiziere in Petersburg angekommen. Unter ihnen sind Angehörige aller Waffengattungen.

Die politische Sprache im amtlichen Bodenkreis. Vom Besluß des Gouvernements Warschau wird nun mehr auch die politische Sprache im amtlichen Bodenkreis zur Geltung kommen. Diese Verfügung bezieht sich auf die Korrespondenz verschiedener innerer Institutionen untereinander.

Gelingene Flucht. Den Pariser Blättern zufolge ist die Flucht des Fliegens Gilbert nach Frankreich gelungen. Der „Temos“ beispielweise bestätigt ausdrücklich, daß der Flieger sich bereits in Frankreich befindet.

Aus China. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Peking: Mittels eines Erlasses Kuangshilas ist Lee Chulin an Stelle des wegen Erkrankung zurückgetretenen Lütschins am Minister des Außenwesens ernannt worden. Der revolutionäre Führer Tschejenje ist ermordet worden.

Gefangenenaustausch mit England. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung berichtet: Zu der im englischen Oberhause abgegebenen Regierungserklärung, welche kürzlich der deutschen Regierung vorgelegt wurde, bei der Entlassung von Gefangenen die Altersgrenze von 55 auf 50 Jahre und bei Feld Dienstfähigen auf 45 Jahre herabzulegen, wird uns mitgeteilt, daß die britische Regierung in der Tat einen solchen Vorschlag gemacht, daran aber Bedingungen geknüpft hat, über die gegenwärtig noch verhandelt werde.

Giositti beim König. Der „Solangeliger“ berichtet, daß der König von Italien Krank ist und von den Ärzten angeblich ernsthaft ermahnt werde, sich von anstrengenden Arbeiten fernzuhalten. Giositti habe den König im Hauptquartier besucht.

Keine diplomatische Amerikareise. Im Auftrage von Waldbandes wird, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, die Reichsrichter demontiert, daß der frühere englische Kriegsminister in besonderer Mission nach Washington gefahren sei.

Schwedische Arbeiter nach Frankreich. „Nya Dagbladet“ berichtet, daß während der letzten Wochen, vielleicht Monate, nicht nur in Stockholm, sondern auch in Provinzorten eine Anwerbung schwedischer Arbeiter vor allem nach Frankreich mit großem Erfolg betrieben werden sei, mehrere Hundert Arbeiter, besonders Mechaniker und Maschinisten, verloren in Gruppen von 20 bis 25 Mann das Land. Das Blatt erfaßt von der Regierung, daß ein Verbot gegen diese Anwerbung in Vorbereitung sei.

Desertierende Serben. Aus Saloniki wird gemeldet, daß die Desertion der serbischen Soldaten überhand nehme.

Uma und Reichrat haben ihre Sitzungen wieder aufgenommen.

Der bekannte Wissenschafts-Schriftsteller J. Karlić ist seit einer Woche in der Berliner Vorortsgemeinde Steglitz in sogenannte militärische Schule genommen worden. Unter die Gründe dieser Festnahme ist der Familie des Verhafteten blauer trod dringender Bitten keine Aufklärung gegeben worden. Karlić Karlić ist Ausländer, aber seit zwanzig Jahren in Deutschland ansässig.



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Mai.

## Holt die Marken ab!

Dienstag und Mittwoch dieser Woche und Freitag und Sonnabend werden die Brotmarken, Buttermarken, Zuckermarken und Seifenmarken ausgegeben. Versäume kein Haushalt, diese Marken rechtzeitig abzuholen. Am Donnerstag (Gimmelelfahrtstag) werden keine Marken ausgegeben. Näheres über die Ausgabestellen ist an den Anschlagsäulen zu ersuchen.

## Lebensmittel für die großen Städte.

In einem Runderlass an die Regierungspräsidenten wenden sich die preußischen Ministerien für Landwirtschaft, Handel und des Innern, gegen die ausschließliche Versorgung einzelner Landesteile mit Lebensmitteln zu ungünstigen Bedingungen der Bevölkerung der Großstädte und der Industriegebiete. Anordnungen zur Versorgungsregelung in einzelnen Landesteilen sollen nur in dem Umfang zugelassen werden, daß unter allen Umständen jede Beeinträchtigung der allgemeinen Lebensmittelversorgung ausgeschlossen ist.

Muß führt Verbote für Gegenstände des täglichen Bedarfs, die nicht der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, sollen allgemein untersagt werden. Das Reich müsse im Kriege seine Eigenschaft als einheitliches Wirtschaftsgebiet bewahren, und unter den heutigen Umständen dürfe niemand Anspruch auf eine auch nur annähernd den Friedensgewohnheiten entsprechende Versorgung erheben.

Leider wird gegen diesen selbstverständlichen Grundsatz sehr oft verstößen, und die rechte Lebensmittelverteilung läßt noch immer auf sich warten.

## Rückzahlung von Beiträgen der Angestellten-Versicherung.

## Wichtig für dauernd berufsunfähige Kriegsteilnehmer.

Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Nach einer Verordnung des Bundesrats vom 26. Mai soll in Zukunft den Angehörigen der Angestelltenversicherung, die im gegenwärtigen Kriege durch Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste dauernd berufsunfähig geworden sind oder werden, auf ihren Antrag die Hälfte der für sie an die Reichsversicherungsanstalt für Kriegsteilnehmern zugesicherte Versicherung ertheilt werden. Bei freiwilliger Versicherung werden unter den gleichen Voraussetzungen drei Viertel der eingezahlten Beiträge erstattet, der Anspruch verfällt, wenn er nicht binnen Jahre ist nach Eintritt der Berufsunfähigkeit stehend gemacht wird; diese Frist beginnt jedoch nicht vor Schluß des Kalenderjahrs, in dem der Krieg beendet wird. Die Entscheidungen der obersten Militärbehörde darüber, ob eine Gesundheitsstörung als Dienstbeschädigung und die Dienstbeschädigung als durch den Krieg herbeigeführt zu betrachten ist, sind für die entscheidenden Stellen der Angestelltenversicherung bindend. Die Verordnung dat. von Beginn des Krieges an rückwirkende Kraft.

## Keine Obstausfuhr.

Von zollpolitischer Seite wird der „König, Volksztg.“ mitgeteilt, daß in diesem Jahre das Verbot der Obstausfuhr streng durchgeführt werde. Die Nachrichten im vorigen Jahr, daß ausländische Händler größere Obstumsätze gemacht hätten, seien nicht richtig gewesen; auch die jüngsten Berichte über ausländische Obstumsätze entbehren wohl der Grundlage. Wahrscheinlich habe man es mit einem Spekulationsstück zu tun, durch den diesen unerträlichen Ankäufen die Schuld an den eigenen Kreisreiherten zugeschrieben werden soll.

## Vor einem Jahre

30. Mai: Gänseblümchenlage der Franzosen bei Arras.  
Weitere Kämpfe bei Armentières.  
Italienische Misserfolge bei Lavarone, Panzeggio und Rieti.

## Aus aller Welt.

## Riesengewinne.

Die große Gewinne auf Kosten des Verbrauchers nicht nur den „wilden“ Zwischenhändlern und Spekulanten in Nah rungs mitteln, sondern auch von Händlern jetzt im Kriege erzielt werden, dafür einen neuen Beweis. Die „National-Zeitung“ berichtet von einer Berliner Spezialschafferei A.-G., die nach Ausweis ihres Geschäftsbuchs für 1915 ihren Gewinn um 567000 auf 89760 Mark trog, trotz erheblicher Abschreibungen erhöht haben konnte. Die Gesellschaft habe am Jahresabschluß außerst liquide dagestanden, denn ihre Debitoraten (darunter höhere Banknoten) betrugen 3,405 Millionen Mark gegenübert 2,119 Millionen Mark am Schluß d. J. 1914. Deutet sei ein Fest von 1 Million in Wertpapieren gegen 6,9 M. am Schluß des Vorjahres auszumachen. Trotz dieses glänzenden Geldbaldastes wollte die Verwaltung den Aktionären nur 168 000 M. als 18 prozentige Dividende auszahlen. „Wir meinen, derartig hohe Reingewinne, wie sie hier der Herstellung des jungen unentbehrlichen und kostspieligen Nah rungs mittels klar ausgewiesen und unter Ausbeutung der Notlage der Verbraucher erzielt sind, müßten noch mehr als strafwürdige Bücher gewinne angesehen und behandelt werden, als wenn z. B. ein Bier- oder anderer Händler bei seinem Geschäft im einzelnen Falle ohne Haftungsverlagerung einen ungeößtlichen hohen Gewinn herauftreibt. „Man darf doch nicht nur die kleinen Dinge hängen“, sagt der „Reiter“ hierzu.

Die Werkstatt des Altköniglichkeit Bismarck. Der seit zwei Jahren flüchtige jugendliche Kölner Bankier Blum ist definitiv jetzt in Dresden beim Bombardieren von ihm gefälschter Aktien verhaftet worden. In letzter Zeit hatte sich dieser rostinierte Gauner, der sich mit viel Geschick das Ansehen einer Exzellenz aus dessen Eltern zu geben verstanden hatte, erneut mit Fälschungen von Privataktien beschäftigt. Seine Werkstatt zur Herstellung dieser Fälschungen wurde jetzt in Leipzig, im zweiten Stock eines Grundstücks der inneren Stadt aufgedeckt. Hier ein Leipziger und ein Dresden Rechtsanwalt am Donnerstag diese Akteure bestimmt, sagen sie nun in einer mit allen

## Umwälzungen im Breslauer Theaterwesen.

## Das Thalia-Theater als Volksbühne.

Eine große Umgestaltung der Breslauer Theaterverhältnisse steht bevor, woran besonders die Besucher unserer Volksbühnungen interessiert sind. Das Thaliatheater soll zur wirklichen Volksbühne werden, die den Besuchern gegen zuerst möglichst Eintrittsgeld ausreichende Werke vermitteilt. Als Grundlage seines Bestehens und seiner Leistungsfähigkeit wählt das Theater die Organisation der Besucher. Dabei will es sich auf sämtliche Breslauer Vereine, vor allem auch auf die organisierte Arbeiterschaft mit ihrem großen Mitgliederkreise stützen. Organisation soll die Baubehörde sein, um das Theater jeden Abend zu füllen, um es trotz allerbilligster Preise finanziell so leistungsfähig zu machen, daß es mit den heutigen und nächsten Kräften arbeiten kann. Der Plan geht kurz dahin, 30000 Personen auf Börsen zu sammeln, die an zwei bestimmten Abenden im Monat das Theater besuchen. Dementsprechend braucht auch das Programm nur zweimal im Monat gewechselt werden, sodass jedes Stück sorgfältig vorbereitet werden kann und jede Vorstellung einschließlich ist.

Dem Entwurf des Spielplans liegt nach den Mitteilungen der Direktion die Absicht zu Grunde, nur solche Werke zu bringen, die in der Tat eine gewisse Höhe der ästhetischen und literarischen Forderungen in sich jüsst, wobei auch der Humor nicht fehlen darf; aber auch die heiteren Werke sollen eine gewisse literarische Höhe behaupten.

Als die Grundlage des Spielplans einer echten Volksbühne dürfen die Klassiker nicht fehlen.

Es sind hierfür in Aussicht genommen:

1. Shakespeare: „Was Ihr wollt“, Lustspiel (auf der im Thaliatheater neu eingerichteten Shakespeare-Bühne).
  2. Molire: „Der Geizige“, „Der eingeschworene Kanze“.
  3. Lessing: „Wina von Barthelm“.
  4. Goethe, Kleist: „Eugene“, „Der gesuchte Bruder“.
  5. Schiller, Grillparzer: „Demetrius“ (Fragment), „Erlkönig“ (Fragment).
  6. Schiller: „Genoveva“.
- Des Weiteren werden dem Spielplan der ersten Spielzeit folgende Werke von mir namhaften Autoren eingelegt:
7. Lessing: „Kranzschreiber“.
  8. Benedix: „Die ärztlichen Verwandten“ (in Erberweiter-Ausstattung).
  9. Norden: „Stühlen der Gesellschaft“.
  10. Grindberg: „Grindberg“: „Die Neuberndichten“ (V.). „Mit dem Feuer spielen“ (Lustspiel von Grindberg).
  11. Schönheit: „Eda“.
  12. Sudermann: „Johanniter“.
  13. Gerhard Hauptmann: „Florian Geber“.
  14. Carl Hauptmann: „Die armeligen Besenbinder“.
  15. Hermann Baier: „Indra“.
  16. Schnyder: „Anatol“.
  17. Ludwig Fulda: „Die wilde Jagd“.
  18. Reitrov: „Amuraci Bagabundus“ (in gänzlich neuer Ausstattung).

Die Pläne des Thaliatheaters sind in drei Teile eingeteilt: Der erste Teil besteht aus Projektionen und 1. Rang-Lingen, der zweite Teil aus Parterre, Logen und Balcon, der dritte Teil aus Sprech, Schenekällen, 2. Rang und den 14 besten Plätzen des 3. Ranges.

Dienstags, die für den ersten Teil ihre Unterschrift leisten, zahlen vor Vorstellung 1 Mark, die für den zweiten Teil 0,75 Mark, die für den dritten Teil 0,50 Mark. Und da für jeden Teilnehmer zwei Vorstellungen in Betracht kommen, bezahlt er monatlich entweder 2 Mark oder 1,50 Mark oder 1 Mark. Jeder Einzelne, der seine Unterschrift leistet, verzichtet sich damit, im voraus für drei Monate die Preise zu entrichten, bezahlt also entweder 6 Mark, 4,50 Mark oder 3 Mark für drei Monate, also für sechs Vorstellungen.

Die Direktion der Breslauer vereinigten Theater macht schon jetzt das Publikum aufmerksam, daß nur eine begrenzte Anzahl Unterrichtskräfte angenommen werden kann, weil die Zahl der

Plätze ihr diese Beschränkung auferlegt. Es werden in den nächsten Tagen die Unterschriftenbögen in die Uffizialität gelangen und es wird um bezeichnende Unterschrift gebeten. Die erste Zahlung für drei Monate ist bis zum 15. August zu leisten. Die Vorstellungen beginnen am 1. September. Demnach können also in den nächsten Spielzeit an Wochenenden nur diejenigen Personen das Thaliatheater besuchen, die unterschrieben und sich dadurch das Recht des Besuchs der Vorstellung erworben haben. Der Rahmenverkauf erfolgt im Thaliatheater für die nächste Spielzeit noch für den dritten Rang und die Logen. Die Plätze werden genau nach dem Ablauf der Unterstrichenen ausgegeben. Die Plätze können selbstverständlich auch für 6 Monate oder für die ganze Spielzeit, das sind 9 Monate, belegt werden, wenn der entsprechende Betrag sofort entrichtet wird.

Sogenannte Gruppen- und Vereinsvorstellungen finden demnach in Zukunft weder im Thaliatheater noch im Löbeletheater mehr statt.

Der Bildungsausschuss der Arbeiterschaft, der den Plan im ganzen nicht abgeneigt gegenübersteht, wird ebenfalls Unterschriftenbögen im Gewerkschaftshaus auslegen und ersuchen, einen Abzug von jedem Stück für die organisierte Arbeiterschaft zu reservieren. Er bittet deshalb seine Theaterbesucher, sich an der Unterschriftenleistung rege zu beteiligen.

## Telegraphische Geldsendungen an Gefangene in russischer Gefangenschaft.

Von Kriegsgefangenen, die sich in russischer Gefangenschaft befinden (in Stotow in Sibirien), werden wir ersuchen, darauf hinzuweisen, daß telegraphische Anweisung von Geld überflüssig ist. Wer nämlich meint, daß das Geld, das telegraphisch angewiesen werde, schneller in den Besitz der Gefangenen gelange, als wenn die Einzahlung auf dem gewöhnlichen Wege erfolge, der irrt sich sehr. Unter 10 bis 14 Wochen käme Geld, das telegraphisch angewiesen werde, auch nicht in die Hände der Gefangenen. In dieser Zeit sei aber auch das Geld da, wenn es auf Anweisung eingezahlt werde. Die Angehörigen würden die 3 M. Extragebühren zum Fenster hinaus. Wir können dem an uns gerichteten Wunsche nach Bekanntgabe dieses Zustands des gern nach.

Mit Hinsicht auf diese Sendungen mögen die Bestimmungen der russischen Regierung in Erinnerung gebracht werden, nach denen die Zusendung folgender Bücher verboten ist:

1. Gebundene Bücher.
2. Nach 1913 erschienene Bücher.
3. Gebrauchte Bücher.
4. Bücher, die irredentistische handschriftliche Notizen, Anerkennungen oder auch Bleistiftstriche enthalten.
5. Bücher, die neuere Geschichte, Politik, militärische Wissenschaft oder die Geographie Russlands oder angrenzender Gebiete behandeln.
6. Bücher, die über Russland oder einen seiner Verbündeten in ungünstiger Weise sich äußern oder Verurteilungen solcher Art enthalten.
7. Bücher, die auf den jetzigen Krieg irgendwelchen Bezug haben.

## Preise für Soda.

Der Bundesrat hat durch eine Bekanntmachung vom 25. Mai Höchstpreise für salinierte Soda bei Absatz in Mengen bis zu 500 kg, sowie Fabrik-, Wiederverkaufs- und Kleinverkaufspreise für Kristall- und Feinsoda festgesetzt. Im Interesse des Kleinhandels ist bestimmt, daß Hersteller von Kristall- und Feinsoda gewöhnlich kleinere Mengen bis 1:0 kg nicht abgeben dürfen; im Interesse des Verbrauchers ist vorgeschrieben, daß verschlossene Packungen, in denen Feinsoda abgegeben wird, je ½ oder 1 kg bei Füllung enthalten müssen. Die Kunden-entnahmehöchstgrenzen können die Höchstpreise herabsetzen. Der Preis für Salz kann sie ändern; er kann auch Höchstpreise für alle Isodabitan-Waschmittel festsetzen und hat die Befreiung. Ausnahmen von den Vorschriften der Verordnung zu zulassen. Die Bekanntmachung tritt sofort in Kraft, die Vorschrift über den Gewicht-Inhalt verschlossener Packungen jedoch erst am 15. Juni.

\* Zwangswise verdeckt werden vom Breslauer Amtsgericht die Grundstücke Taurichterstraße 56 am 11. September, Frankfurterstraße 187 am 13. November, Schuhstraße 64/65 am 18. September, Stresemannstraße 23 am 11. September, Neuschoßstraße 15, Neue Weltgasse 1, Neuenhofle 20 am 19. Juni.

scheinbarlich Misshandlungen der Schwägerin ihres Mannes, die bei ihr in Diensten war, zu verantworten. Die Verhandlung ergab, daß das Mädchen, trotzdem es auf den Tod stark war, von morgens 4 Uhr an bis in die späte Nacht hinein arbeiten mußte, und wenn es nicht mehr konnte, in der schrecklichsten Weise von der Angestellten in ihm handelt wurde. Dabei bekam es fast nichts zu essen. Der Staatsanwalt batte zwei Jahre Gefängnis beantragt, das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

\* Großfeuer. Ein Telegramm aus Chemnitz meldet der Ztg. Rundschau: In der dem Geheimen Kommerzienrat Vogel in Lunzenau gehörigen Webwarenfabrik brach ein Großfeuer aus. Der Schaden wird auf mindestens 100000 Mark geschätzt.

\* Kein Hatabnehmen mehr in den Räumen. Aus Altenburg wird berichtet: Das Hatabnehmen in den Amtsräumen der Stadt wird, wie im Magistrat erwähnt wurde, künftig nicht mehr zur Vollstreckung gemacht. In einigen Amtsräumen, wie in der Sparkasse und der Stiftungverwaltung, ist diese Uebung schon eingeführt.

\* Reihe Vente. Für 100000 Mark Schmuck- und Wert Sachen gestohlen haben Einbrecher Sonntag nachmittag bei einer adeligen Dame am Kurfürstendamm in Berlin. Diese ging um 3½ Uhr aus, und auch die Dienerschaft verließ gleich darauf die Wohnung, sodass diese ohne Aufsicht war. In der Zeit drangen die Einbrecher mit Schlüsseln in die Wohnung ein und stahlen aus einem Schrank einen kleinen gelbbraunen Ledertasche mit vielen verschieden Schmuck und anderen Wert Sachen im angeblichen Verlage von 100.000 Mark.

\* Erfolgreiche Krebsjagd. Wie erstaunlich eine Krebsjagd sein kann, haben acht Jäger der Jagd in der zwischen der Elternsiedlung Bucht und der Elster liegenden Krebsfelsenzone Ronau bei Mühlhausen bewiesen. Sie haben dort an einem einzigen Tage 1622 Krebsen abgeschossen, die man das Stück für eine halbe Mark nach Schleswig und Süderbrügge vertrieben. Die große Jagdglocke ist auch damit zu erklären, daß man in die Elster hineinfloß und so eine ganze Anzahl von Krebsen gleichzeitig zur Strecke brachte.

\* Die Heilfleisch bringt es an den Tag. Die Stadt Badbergen hatte in den letzten Tagen in den ländlichen Ortschaften ihres Bezirks nach Heilfleisch Unruhen hervorufen, und es wird jetzt über den Empfang von fast 400 Tonnen Speck und Schinken quittiert. Dabei wird bezeichnenderweise den Herren Gütekästen und Gemeindeverwaltungen, die sich mit so großer Liebe und Sorgfalt die schwierigen Arbeit mit Heilfleisch gemacht haben, wahrgenommen haben, herzlich gebaut. Wie es scheint, ist auch von den Bürgern aus den Randorten einst ein wenig ins Gewissen gerettet worden.



# Schlesien und Posen.

## Wollensbruchskatastrophen in Schlesien und Böhmen.

5 Häuser abgebrannt, 5 Personen ertrunken.

Von einem schweren Wollensbruch, der außerordentlich großen Schaden angerichtet hat und dem auch leider eine Anzahl Menschenleben zum Opfer gefallen sind, ist am Freitag und Samstagabend ein Teil der preußischen und schlesisch-böhmisches Grenzorte betroffen worden. So tobte das Unwetter am Freitag nachmittag so stark, dass es in den langen Gärten und seinen Höfen erreichte es gegen 9 Uhr abends, wo in einer Minute 85 Blitze gezählt wurden. Der stundenlange Regen war von großer Geschwindigkeit für Felder und Gärten; nur auf abschüssigem Gelände ist größeres Schaden durch Verschwemmung oder Fortspülung entstanden.

Schlimmer als in Niederschlesien waren die Verhältnisse, die das Unwetter in Sachsen und Böhmen anrichtete. In Sachsenau (Sachsen) sind Gärten und Felder verschlammt und die Wege ausgerissen. Das Wasser reichte in den Häusern oft bis zum ersten Stockwerk; ein Haus wurde eingerissen. Verschiedene Familien wurden durch die schnell ansteigende Flut in ihre Wohnungen eingeschlossen, da ihnen infolge der starken Störung nicht rechtzeitig Hilfe gebracht werden konnte. Die Fluten drangen in die Behausungen ein, und es standen hierbei in Reichenau der 70 Jahre alte Fleischermeister Schwertner, die 80 Jahre alte Auguste Heidrich und die 77 Jahre alte Frau Mörsch den Tod. Auch mehrere Gebäude wurden schwer beschädigt. In Mariendorf ertrank die 70 Jahre alte Frau Sauer, ferner zerstörte ein Haus ein. Zur Hilfeleistung wurde Militär aus Bautzen requiriert. Der angerichtete Sach- und Gebäudeschaden wird auf eine Million Mark geschätzt. Viele Straßen und Stege sind durch das Hochwasser zerstört. In Seitendorf wurde das Braunkohlenlager (Lagerhaus) der Herculeswerke unter Wasser gesetzt. In Oberndorf brannte durch Blitzschlag eine Scheune nieder.

In Reichenberg i. B. ging ein schwaches Hagelwetter nieder; die Hagelschäden erreichten teilweise die Größe kleiner Kirchen. Im Friedländer Bezirk war der Gewitterregen mit hagelnschweren Schüssen vermischt, die besonders in Obersdorf beträchtlichen Schaden anrichteten.

**Posen.** 30. Mai. Seitzgängische Diebe waren es, die möglich in eine Besitzung in Alzenau einzudringen, und, andere Wertgegenstände unbeachtet lassend, als Beute nur eine Anzahl Butterstücke mitnahmen. Ein Stück ließ der Spießbube zurück mit der christlichen Mitteilung auf einem beigelegten Zettel, dass er dem Besitzer für den bevorstehenden Sonntag das Essen von trockenem Brot ersparen wolle.

**Scaren.** 30. Mai. Der Schlierenprozeß gegen den Stationschaffner Paul Schirmesen von hier, der am Dienstag auf Vertrieben des Angeklagten verhaftet wurde, endete in der Freikastzung der Schweidnitzer Strafammer mit der Verurteilung des Angeklagten zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

**Striesen.** 30. Mai. Was soll das heißen! Eine viersagende Anzeige befindet sich im „Striesen. Am.“, sie lautet: „Schänden Betrübenden der Loge drei Schachspiele, wenn die musikalischen Darbietungen im Garten eingestellt werden.“ — **Striesen.** S. Wagner. — Bei Schachspielen herrscht in der Regel Kirchhofstrühe, und die scheint sich der Herr Bahnhof zu wünschen.

**Striesen.** 29. Mai. Eine Roheit. Wenn eine Abteilung des bissigen Erzgebirgsbataillons zu einer Übung austritt, dann ist diese gewöhnlich von einer Masse Menschen, meistens Mädchen und Kindern, begleitet überhaupt wenn dieses am Abend geschieht. So war es auch wieder an Donnerstag abend in der Bahnhofstraße. Während des Gedränges hatte nun jemand dem sieben Jahre alten Sohne des Fabrikarbeiters Fritz Sander eine brennende Zigarette oder Zigarre in den Rücken gestellt. Durch das Geschüttel des Knaben fiel der brennende Glümmstengel ins rechte Oberschenkel, das Feuer fing und dem Knaben schwere Brände und Verätzungen verursachte. Der Brand konnte noch schlimme Folgen haben, wenn nicht Soldaten dem Kind die brennenden Kleider vom Leibe gerissen hätten. Die Ermittlungen haben bereits zur Feststellung des Täters geführt. Für solche Roheiten gehört eine empfindliche Strafe.

**Görlitzberg.** 30. Mai. Ein unverschämter Betriebsmittelwucher hat die Polizei das Handwerk gezeigt. Wie öffentlich bekannt gemacht wird, ist der Geschäftsbetrieb der handelsfrau Auguste Scholz polizeilich geschlossen worden, weil sie u. a. kläse, der mit 80 Pf. das Pfund verkaufte werden sollte, sich mit 2,60 Mark bezahlen ließ, für ein Huhn 11 Mark und für zwei Tauben 8,50 Mark forderte.

**Görlitzdorf.** 30. Mai. Im brennenden Bett erstickt. Die nahezu 80 Jahre alte Frau Haase wurde von ihrem Bett mit zahlreichen Brandwunden in ihrem Bett tot aufgefunden. Brandherd, den er wahrgenommen, verunreinigte ihn, in ihre Wohnung zu gehen, die nicht mit Rauch angefüllt war. Die Unglücksfee lag in ihrem Bett unter dem bereits vollständig verbrannten Deckbett leblos da. Wahrscheinlich hatte sie nachdem sie ihr Lager aufgelöscht, in einem Unfall von Schwäche das Licht nicht mehr auslöschen können, so dass das Bett in Brand geriet und sie an dem Qualm erstickt ist.

**Nekkie.** 30. Mai. Kurzer Prozeß. Vorigen Sonnabend beschlagnahmte die Polizei bei der Handelsfrau Rahler aus Steinau 24 Stück Eier, und diesen Sonnabend bei derselben Frau 40 Stück Eier, die auf Anordnung des ersten Bürgermeisters hier in Reiße verkauft wurden. Der am Kirchplatz stehende Wagen wurde nach dem Geflügelmarkt gebracht. Hier widerstande sich die Händlerin den Beamten in festigster Weise und musste deshalb mit Gewalt nach der Polizeiwache gebracht werden. Dort wird sie sich wohl beruhigt haben, denn sie kam dann zurück und war beim Verkauf der Eier, der in der Verkaufshalle, Euchträge, vor sich stand, anwesend. — Eine andere Frau, die sich weigerte, ihren Stock voll Eier zu verkaufen, angeblich, weil sie „bestellt“ seien, wurde, nach der „Reisser Zeitung“, ebenfalls zur Polizeiwache gebracht, weil sie sich weigerte, zu sagen, was die Eier bestellt hätte. Vermutlich auch wieder ein Händler, der sie nicht gibt! — Eine Frau verlangte heute für ungeheure Ödönchen, die etwa 6 bis 8 Zicken alt waren, 6 Mark pro Stück. Nach hier griff die Polizei ein.

**Reisse.** 30. Mai. Einschan stark verweste Leiche eines Pioniers wurde in den letzten Tagen aus der Kasse gegeben. Der Soldat war beim Herbst-Schusswaffen ertrunken.

**Reisse.** 30. Mai. Beim Baden ertranken im Sonnenbad des Landsturm-Pionier-Schützen vom bissigen Gesäß-Bataillon. Die Mannschaften badeten gemeinsam. Beim Sammeln wurde das Gehlen Schützen festgestellt. Noch etwa einstündigem Suchen fand man ihn ledig an einer lieben Stelle unweit des Ufers. Alle Wiederdeckungsversuche, die energisch in Angriff genommen wurden, blieben erfolglos. Sch. war 30 Jahre alt, kannte aus der Saarbrückener Gegend und war fast aus Mittwoch vorher vom Rheinland zurückgekommen.

**Teutsch-Wartenberg.** 30. Mai. Bertholdus-Gasse wurde zu einem Stadte. Wie schon berichtet, führte Bertholdus-Schornsteinlegermeister Hartwig beim Reinigen des Schornsteines der Deutschen Fahrradwerke zu Tode. Er scheint, wie auf einem niedriggradigen Gericht herausgesagt, am frühen Morgen selbst zu sein, denn er zog einen Rebellen des Kopfes auf dem Schornstein, um es nach oben bei dem alljährlichen Feste manchmal getan hatte. Er verlor jedoch direkt das Gedächtnis und starb aus dieser Ursache.

herab auf das Betondach des Kesselhauses und war sofort tot ( sämtliche Knochen waren geschlagen). Er hinterließ Frau und zwei Kinder.

**Posen.** 30. Mai. Das kommt vom Hamster. In Golum a. W. wurden aus dem Keller einer Frau Gerichtsschreiber L. nachts zwei große Schinken, zwei Wollschinken, zwei Seiten Speck und verschiedene Dauerwurst im Werte von 150 Mark geklopft.

**Gleiwitz.** 30. Mai. Zwischen den Puffern gerquetscht. Noch ist der letzte große Unfall, dem durch die Explosion einer Sauerstoffflasche 5 Menschenleben zum Opfer fielen, nicht in Vergessenheit geraten, als jetzt schon wieder die Königliche Lokomotivwerkstatt ein Opfer gefordert hat. Am Sonntag morgen zwischen 6 $\frac{1}{4}$  und 6 $\frac{1}{2}$  Uhr waren mehrere Leute mit dem Verbinden des Wasserganges des Tenders mit einer Lokomotive beschäftigt. Dabei musste, um das Kupplung zu ermöglichen, die Lokomotive herangezogen werden. Der neunzehnjährige Schlosser Prischke geriet bei dieser Arbeit zwischen die Puffer, welche ihm sofort den Kopf gerquetschten. Prischke konnte nur noch als furchtbar entstellte Leiche hervorgezogen werden.

**Königsberg.** 30. Mai. Wo bleiben die Bänke? Wenn der Frühling kommt, alles grün und blüht, lehnt sich fast jeder Mensch in die freie Natur, um nach schwerer Arbeit ein Ruheplatzchen zu finden. Leider gibt es an unserem Ort nur wenige davon. Deshalb war es zu begrüßen, dass vor zwei Jahren am Bismarckring Bremen an anlagen geschaffen wurden, die manchen Schaffenden in ihrem Schatten Erholung bereiten. Leider scheint der Magistrat vergessen zu haben, die Bänke aufzustellen. Also, Herr Magistrat, erfüllen Sie die Bitten der Erholungsuchenden.

**Wyslowitz.** 30. Mai. Von der Straßenbahn fotografiert wurde die 14 Jahre alte Tochter des Bergmanns B. In der Nähe des Haltepunktes in Wyslowitz fiel dem Mädchen der Hut herunter, sie sprang deshalb von der fahrenden Straßenbahn und kam hierbei unter die Räder.

## Kriegsnachrichten.

### Bulgariischer Vormarsch in Mazedonien.

**Frankfurt a. M.**, 29. Mai. Nach einer der „Frankfurter Zeitung“ vorliegenden Neuter-Meldung, die jedoch noch der Bestätigung bedarf, haben die Bulgaren im Einvernehmen mit der Athener Regierung auch das den Talaußgang und die Eisenbahnlinie nach Demirhissar beherrschende Fort Goje besetzt. Wenn diese Meldung richtig, sind also sämtliche strategische Positionen des Talaußgangs in unserer Hand.

### Amerika gegen England.

**New York.** 27. Mai. Durch Funkspruch meldet der Vertreter des Wolffbüros: Die Zeitungen befürchten die amerikanische Note, in der gegen die britische und französische Behandlung der Postfachen protestiert wird. Die Note ist, wie ein Telegramm aus Washington hervorhebt, schärfster, als alle vorhergehenden, was den Ton anbetrifft, der von den Vereinigten Staaten gegenüber den Alliierten angeschlagen wird. Man vermutet, dass sie ein Gesetz der Ritterei erzeugen wird. Die Note zieht die Aufrichtigkeit Englands und Frankreichs in ihrer Beantwortung der ersten amerikanischen Note in Frage und führt, indem sie gegen die Behandlung der Postfachen Einspruch erhebt, die Rechtsbeispiele an, wie sie von den beiden Regierungen aufgestellt sind. In diesem Zusammenhang enthält die Note folgende bemerkenswerte Stelle: Selbst im gegenwärtigen Kriege hat, wie die Zeitschrift Großbritanniens und Frankreichs bestätigt, ihr Feind Deutschland es verabscheut, die neutrale Post sogar an Vordriekämpfender Dampfer zu befehligen. Dies tritt deutlich in dem Falle zu Tage, als der Dampfer „Florida“ von dem Kreuzer „Prinz Friedrich“ aufgebracht wurde, ein Fall, der von der britischen und französischen Regierung zur Unterstüzung der Beweisführung betreffend die Paketpost herangezogen wurde.

Folgende Stellen der Note werden in den Neubüchern der Zeitungen hervorgehoben: „In Anbetracht der unangenehmen Methoden, die von den englischen und französischen Behörden angewendet werden, indem sie die Durchfahrt der Post zwischen den Vereinigten Staaten und anderen neutralen Ländern und zwischen den Vereinigten Staaten und Englands Feinden verhindern, kann die Regierung der Vereinigten Staaten nicht länger den Schaden dulden, welchen die Bürger der Vereinigten Staaten infolge dieser Methoden erlitten haben und weiter erleiden. Sich ungesetzlichen Praktiken dieser Art zu unterwerfen, würde die Türke für wiederholte Verletzungen des internationalen Rechts durch Kriegsführende Mächte öffnen, unter Hinweis auf die militärische Notwendigkeit, über die sie allein urteilen würden.“ Die Note schließt: Nur eine vollständige Veränderung der gegenwärtigen englischen und französischen Politik, die die Vereinigten Staaten in den Besitz ihrer vollen Macht wieder setzen würde, wird die hiesige Regierung befriedigen.

Das Mitglied des Repräsentantenhauses Tague brachte im Repräsentantenhaus eine Resolution ein, in der vorschlagen wird, der Präsident möge ermächtigt werden, die Post nach und von neutralen Hafen durch den Staatssekretär der Marine auf Schiffen der Flotte der Vereinigten Staaten befördern zu lassen. Jeder Eingriff in die Postfachen sollte mit der ganzen Macht der Flotte der Vereinigten Staaten und der genannten Schiffe gehindert werden.

### Briefkassen.

Spazierungen der Redaktion: Wochentage von 12—1 Uhr mittags. Die Abfindung der Kriegerwitwen ist gelegentlich noch nicht geregt. Wir können Ihnen also darüber nichts sagen.

**W. Gosef.** Den Witwen der Veteränen wird die Beihilfe noch drei Monate gezahlt.

**E. G. Weisen.** Beitrag 3 Mark eingetragen.

**E. G. Weisen.** Zeitung kostet jetzt monatlich 1 Mark ins Feld.

**E. E. hier.** Ohne nähere Angaben kann ich die Gelegenheit natürlich nicht weiter verfolgen.

**Kriegsfahrt.** Läßt sich im Augenblick leider nicht beweisen. Wir werden aber dafür sorgen, dass die eingegangene Weisung an die richtige Schmiede kommt.

**E. Reichenbach.** 1. Ja, Sie können Einspruch erheben, denn die Steuerbehörde kann den Rohstofffall im laufenden Jahre berücksichtigen. 2. Wie glauben, diese Praxis wird dem kriegspflichtigen Staatskassen zugerechnet.

**E. G. Augustinstraße.** Schreiben Sie an die städtische Schatzverwaltung Gostenstraße.

**E. M. Goldgras.** Wegen der rechtlichen Miete schreiben Sie an den Landrat oder an den Landesstaatsarchiv der Kreisstadt Malchinburg. Es ist allerdings zweckmäßig, ob Sie etwas erreichen. Dann muss eben der Landrat machen und mit dem zufrieden sein, was er sich bekommt.

**E. R. 333.** Wir sind der Meinung, dass Ihnen bei gleichzeitiger Ausübung zweier Tätigkeiten kein Verdienst entgeht.

werden müssen. Im Erlass des Kaisers vom 21. 12. 15 heißt es ausdrücklich, dass den Mannschaften mobile und immobile Vermögensgegenstände frei Fahrt und Verpflegungsgebühren gewährt werden dürfen. Beschweren Sie sich.

**W. D.** Sie können sich nur an den nächsten Vorgesetzten wenden; etwas andres ist nicht möglich.

**Recht.** Das Geschäft hat kein Recht, ohne weiteres wegen des Krieges das Gehalt zu kürzen. Allerdings, wenn der angesetzte Entlastungsbetrag ist, ist auch der Gehaltsabzug erlaubt.

**W. L. Nißland.** Wir können Ihnen leider nicht helfen. Bei Ihnen wäre nach unserer Ansicht eine Zurückstellung in die Garnison sehr angebracht. Wir können Ihnen deshalb nur empfehlen, Ihre Bitte bei den Vorgesetzten nochmals anzubringen.

**G.** Solche bauliche Veränderungen müssen auf dem Bande beim Amtsvoorzehrer oder Landrat gemeldet werden.

**G. 33.** Neustadt. 1. Bis zu welchem Entfernen die Familie eines Entzogenen unterfördert wird? Es kommt darauf an, ob die Familie selbst fähig ist. Je nach den Bedürfnissen wird die eine Familie bedürftig sein, die andere nicht und darum in dem einen Falle die Kriegsunterstützung bewilligt werden, in dem anderen verzögert. Auch die Bekanntmachung vom 21. 1. 15 hat davon wesentlich nichts geändert. 2. Bis die Bandobligationen gelten die gleichen Vorschriften.

## Familiennachrichten.

Nach langem Krankenlager starb am 24. d. Mts. unser Bundesgenosse.

### Hermann Valentim

im Alter von 36 Jahren. 1432

Ein dauerndes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“

Ortsgruppe Breslau.

## Veranstaltungen u. Vereine

### Sozialdemokratischer Verein Rattowitz.

Donnerstag, den 1. Juni, nachm. 4 Uhr  
im Gewerkschaftslokal, Rathausstraße 12

### Mitgliederversammlung

Zusageordnung:  
Die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratischen Partei.  
Referat: Genosse H. Löhrer, Rattowitz.  
Mitgliedsbeiträge mitbringen.

Der Vorstand.

Vornehme eigenartige

### Augenärzte für

mit gewöhnlichen Brillenlinsen „Punktal“ in allen möglichen Zusammensetzungen empfohlen, Augenuntersuchung, zwecks Zutreibung der richtigen Gläser unter Garantie.

### Rich. Fiedler, Optiker,

Breslau I, Albrechtsstraße 10,  
II Schwerinstraße 41/42

1174

### Achtung!

Trotz Mangel an Rohstoffen, bin ich bei umgehender Bestellung noch in der Lage, größere Posten von dem beliebten

### Honigpulver „Leckerle“

zu liefern. Auch bemerkt ich, dass mein Honigpulver „Leckerle“ nicht behördlich untersagt ist, sondern dem Nahrungsmittelgesetz entspricht.

Ferner empfehle ich noch

### Unbekannter und kleiner Limonadenpulver

jetzt zum 15 Pf.-Verkauf.

Breslau, H. Leckelt, Sonnenstraße 33. Tel. 9194.

1425

## Arbeitsmarkt.

### Arbeitsmarkt-Inserate

— In der Volkswirtschaft —  
kosten die kleine Zelle

### nur 15 Pfennige.

Zärtige, selbständige arbeitende

### Heizungsmeister

werden z. sofortigen Eintritt aufgenommen. Bewerber wenden sich mit Zeugnissen und Beweisen bei W. Zimmerstädt, Eckestr. 31/33.

Aalkoholfreie Getränke.

**Bilz-Sinaloo** =  
Bier-Brauerei, Brauerei, Wein-  
Schenke, Gaststätte, 122, Würz-  
burg, Ring, Telefon 24, 24.511.  
**THOMAS BREUER**, Unterw. 24.  
Telefon 2311.

Altwaren

Antike, St. Antikenmuseum 27.

Motorräder und Kettendreher

Friedl, Carl, Oldenstrasse 22.  
Götzmann, St., Unterstrasse 4.  
Hans, Konditorei, Unterstrasse 22.  
Koch, Sepp, Schloßstr. 24 (g. Dach).  
Krapf, Josef, Poststraße 2.  
Krebs, Paul, Unterstrasse 2.  
Menzel, Paul, Unterstrasse 22.  
Neyer, Carl, Unterstrasse 22.

Baderestaurant

Reichelt, Carl, Zur Gute 16.

Berufsfeldern, Wäsche

Kaufm. S., Antikenmuseum 42.

Bücher- u. Buchdruckerei-Reisung.

Wittig, St., Poststr. 2, für Schule.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

**Bier-Hof** (Brauerei) St. O., Würz-

burg, Würz., Brauerei, Bräuhaus 2.

**Brauerei, Brauerei, Götzmann**

**Brennerei-Sacconi**, St.

**Brennerei, Tiere Kattner**, St.

deut. Geschäft 2, L. 3.

**Bücher-Hof**, Poststr. 24, Würzburg.

**Gasp & Görlitz** (Jahns-

str. 22).

Dietrich, Max, Poststrasse 12, 13.

Korn, Josef, Unterstrasse 2.

Krapf, Josef, Unterstrasse 24.

Krebs, Paul, Unterstrasse 22.

K